

Elbkurier

Informationsblatt des **CDU-Kreisverbandes Magdeburg**

AUS DEM INHALT



Minister Rainer Robra
über Friedenswerk,
Finanzakrobaten und
Kulturcent → 2

Land muss Leistungen der Stadt
anerkennen → 4

Der christliche Glaube in der
Öffentlichkeit → 7



Ministerin Wolff: „Wirt-
schaftliche Entwicklung
ist ermutigend“ → 9

Fachkräftesicherung - jungen
Lehrern Chancen geben → 10



Fiskalpakt ist wesentlicher
Schritt zur
Stabilitätsunion → 11

Familienministerin Schröder lobt
Kinderbetreuung im Land → 13



Anschlag der Grünen auf
Ehrenbürgerschaft
abgewehrt → 14

Magdeburgs Zukunft mitgestalten Kreisverband nimmt Arbeit an Kommunalwahlprogramm auf



Kreisvorsitzender Tobias Krull will: „... gemeinsam
Politik für und mit den Magdeburgern gestalten“.
Foto: Birgit Uebe

Jeder Weg beginnt bekanntlich mit dem ersten Schritt. So ist es folgerichtig, dass der CDU-Kreisverband Magdeburg die Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2014 schon jetzt in den Blick nimmt. Deshalb stand die Planung des Kommunalwahlprogramms im Mittelpunkt einer Klausurtagung der Funktions- und Mandatsträger am 17. März 2012 im Gründungs- und Technologietransferzentrum Handwerk.

Bei der gut besuchten Veranstaltung betonte der Kreisvorsitzende Tobias Krull den Gestaltungsanspruch der Magdeburger CDU. „Unsere Mitglieder haben die Kompetenz – unser Programm wird der Kompass sein, um Magdeburg weiter voranzubringen. Gemeinsam mit unseren Gremien und Gliederungen wollen wir als Union eine aktive Programmarbeit für 2014 entwerfen. Wir wollen die Potenziale unserer Mitglieder nutzen - und gemeinsam Politik für und mit den Magdeburgerinnen und Magdeburgern gestalten“, umreißt Krull die bevorstehenden Aufgaben.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat, Wigbert Schwenke, MdL zieht in diesem Zusammenhang auch eine positive Bilanz der bisherigen Parlamentsarbeit. So habe die Union konstant und engagiert im Stadtrat ihre programmatischen Ziele eingebracht. „Wir sind ein verlässlicher und funktionierender

Motor der Stadtpolitik. Das gilt für die Umsetzung unserer Ziele, aber auch für den politischen Alltag. Auf diesem soliden Grund können wir unsere Ansprüche für 2014 formulieren.“

Im Rahmen einer konstruktiven und zielorientierten Diskussion – die der Finanzbeigeordnete Klaus Zimmermann souverän leitete - wurden wesentliche Schwerpunkte eines künftigen Programms benannt. So betonte Sachsen-Anhalts Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft, Prof. Birgitta Wolff, dass Magdeburg unglaubliche Chancen mit einer erfolgreichen Profilierung als Wissenschafts- und Mittelstandsstadt habe. Mit innovativen Ideen bei Existenzgründungen, Kreativwirtschaft und Flächenvermarktung könne Magdeburg seine Position im Wettbewerb der Regionen weiter stärken und ausbauen. Die Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Anne-Marie Keding, verweist darauf, dass im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Energiepolitik in Deutschland auch die Themen energieeffiziente Stadt und dezentrale Energieversorgung entscheidend für eine moderne urbane Entwicklung und Standortstärkung sein werden. Des Weiteren hob der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Rainer Nitsche, die noch vorhandenen touristischen Potenziale der Landeshauptstadt hervor, die Zug um Zug erschlossen werden sollen.

Ebenfalls waren die Breitbandversorgung als Bestandteil der Daseinsvorsorge sowie die Nutzung von Brachflächen Schwerpunkte der Diskussion.

Ein weiterer Fokus der Debatten lag auf der Verkehrsinfrastruktur. Hier wurden die städtischen „Dauerthemen“ Strombrückenverlängerung und Nordverbinder Rothensee ebenso angesprochen wie die effiziente Steuerung von Wirtschaftsverkehr.

Zu einer lebens- und lebenswerten Heimat mit Zukunft gehört nach Ansicht fast aller Anwesenden eine breit aufgestellte Schullandschaft, die auch Einrichtungen in freier Trägerschaft genügend Raum gibt. Einig war man sich darin, dass attraktive und lebendige Stadtteile als Ankerpunkt für Menschen gestärkt werden müssen. In diesem Zusammenhang will die Union konsequent ein Höchstmaß an Ordnung und Sicherheit einfordern und sich für konkrete Projekte zu Fragen Beleuchtung in Magdeburg, Hundekot und Graffiti-problematik engagieren.

> Lesen Sie weiter auf Seite 4

Minister Robra über Friedenswerk, Finanzakrobaten und Kulturcent



Elbkurier: Herr Minister, die Europäische Union steckt in der größten Krise ihrer Geschichte. Wie schätzen Sie als Europa-minister der Landesregierung Sachsen-Anhalt diese Entwicklung ein? Ist der europäische Einigungsprozess gescheitert?

Robra: Keine Frage, Europa steht vor der größten Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Das ist aber zugleich Anlass, dass wir uns wieder der eigentlichen europäischen Mission bewusst werden. Das bedeutet, dass wir uns wieder fragen müssen, was kann Deutschland beitragen, dass das europäische Projekt gelingt.

Elbkurier: Im Moment fragen sich allerdings immer mehr Deutsche, ist Europa nicht ein Fass ohne Boden, das uns irgendwann auch zu verschlingen droht. Wie wollen Sie dieser Haltung begegnen?

Robra: Europa ist das größte Friedenswerk der Menschheit, das müssen wir den Menschen wieder deutlich machen. Deutschland ist nur von Freunden umgeben. Das hat es in der Geschichte nie gegeben. Es herrscht eine europaweite Freizügigkeit ohne Grenzkontrollen. Wir haben einen Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Rechts und des Friedens geschaffen. Das sind große Errungenschaften, die wir in Deutschland gerne als den „europäischen Mehrwert“ bezeichnen.

Elbkurier: Für die Kriegsgeneration war Frieden und Freizügigkeit sicherlich ein riesiger Gewinn, aber für die Jüngeren sind diese Errungenschaften schon Selbstverständlichkeiten geworden. Wie sieht vor diesem Hintergrund der weitere Weg Europas aus?

Robra: die EU besteht heute aus 27 Mitgliedsstaaten, nach dem

baldigen Beitritt Kroatiens aus 28 Staaten. Damit umfasst die EU sehr unterschiedliche Länder, mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand. Europa sollte sich jetzt auf die Vertiefung statt immer neuer Erweiterungen konzentrieren. Die Union muss sich in dem jetzigen Rahmen erst einmal konsolidieren, ehe vielleicht noch weitere Staaten in die Union aufgenommen werden sollten.

Elbkurier: In welchen Bereichen sollte nach Ihrer Auffassung die Europäische Union vertieft werden?

Robra: Ich denke gar nicht an neue Kompetenzen, sondern dass die europäischen Institutionen die mit dem Lissaboner Vertrag geschaffenen Möglichkeiten nutzen und mit Leben erfüllen. Das Europäische Parlament war anfangs nur eine Art Beratungsgremium. Das hat sich erheblich weiterentwickelt, so dass heute das EU-Parlament echte Gesetzgebungsbefugnisse hat.

Elbkurier: Wo sollte sich Europa denn stärker engagieren?

Europa ist das größte Friedenswerk der Menschheit

Robra: Das große Ziel heißt Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Europa. Ich denke weniger an Soziales als vielmehr an Bildung und Lebenschancen. Und wer in die europäischen Hauptstädte fährt, findet dort schon jetzt die vielen jungen, gut ausgebildeten Menschen, die die Chancen eines freien Europa nutzen. In den ländlichen Räumen ist die Entwicklung differenzierter zu sehen, aber dafür hat Europa das Instrument der Kohäsionspolitik entwickelt, um die zum Teil sehr großen Unterschiede zu verringern.

Elbkurier: Damit sind wir beim lieben Geld. Werden Deutschland und einige weitere Staaten dieses Europa auch in Zukunft noch finanzieren können?

Robra: Europa ist kein besonders teures Projekt und bringt viele positive Effekte. Der europäische Haushalt liegt konstant bei einem Prozent des Bruttonationaleinkommens, entwickelt sich also in einem stabilen Verhältnis zur Wirtschaftskraft. Die Kosten für die Verwaltung Europas sind eher gering. Und es fließen natürlich

auch viele Mittel wieder zurück nach Deutschland.

Elbkurier: Neben dieser normalen Finanzierung der EU kommt jetzt noch die Last der Finanzmarktkrise dazu ...

Wir müssen den Spekulanten Paroli bieten.

Robra: Das ist richtig. Jetzt haben wir noch die Bürgschaften für die Stabilisierung des Euro. Das ist unerlässlich. Wir müssen den Spekulanten Paroli bieten. Nur mit dieser ungeheuren Kraftanstrengung der Euro-Staaten können wir den weltweiten Finanzakrobaten erfolgreich entgegenreten. Der Euro ist stabiler als die Deutsche Mark und er ist die Antwort auf Entwicklungen in Asien und Amerika. Wir brauchen den europäischen Wirtschaftsraum, wenn wir global mitspielen wollen. Selbst Deutschland mit 80 Mio. Einwohnern ist zu klein, um alleine im weltweiten Wettbewerb bestehen zu wollen.

Elbkurier: Reicht der Schuldenschnitt, um Griechenland wieder auf Kurs zu bringen?

Robra: Es ist das maßgebliche Verdienst von Kanzlerin Merkel, dass die erheblichen Probleme Griechenlands und einiger anderer südlicher Mitgliedsstaaten die Stabilität des Euro nicht untergraben konnten, sondern Europa zusammengehalten haben. Nach dem Schuldenschnitt hat Griechenland neue Finanzmittel erhalten, damit es wieder auf die Beine kommt.

Elbkurier: Sachsen-Anhalt bekommt seit 20 Jahren ebenfalls erhebliche EU- und Bundesmittel, um wirtschaftlich auf eigenständige Füße zu kommen. Wie schätzen Sie als Chef der Staatskanzlei die zukunftsorientierte Verwendung der finanziellen Förderung ein?

Robra: Wir haben die Finanzhilfen in Sachsen-Anhalt zielgerichtet für Wachstum und Beschäftigung eingesetzt, etwa für den Ausbau der Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur. Das eine oder andere Gewerbegebiet war nicht erfolgreich, aber der grundsätzliche Ausbau der Infrastruktur in unserem Land ist gelungen. Manchmal muss man auch Gewerbegebiete vorhalten, um im Wettbewerb erfolgreich zu sein. Das hat die

BMW-Ansiedlung vor einigen Jahren gezeigt.

Elbkurier: Wie schätzen Sie die Entwicklung Sachsen-Anhalts nach 20 Jahren Aufbau Ost insgesamt ein?

Robra: Sachsen-Anhalt hatte die größten Strukturbrüche nach der Wende zu verkraften, deshalb war die Ausgangslage hier besonders schwierig. Heute haben wir eine hervorragende Forschungslandschaft mit dynamischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wir haben im Bereich der Automobilzulieferer eine Brücke von Wolfsburg bis Leipzig geschaffen, die sich sehen lassen kann. Und wir nehmen die Gleichwertigkeit ernst. Auch Standorte wie Arneburg, die von einigen schon abgeschrieben waren, bekommen bei uns wieder eine Chance wie das Zellstoffwerk zeigt.

Elbkurier: Wie beurteilen Sie die Entwicklung in Magdeburg?

Robra: In Magdeburg sind auf dem Gelände der Bundesgartenschau viele europäische Mittel verwendet worden, um einen militärisch genutzten Bereich völlig umzugestalten. Der Wissenschaftshafen ist mit erheblicher Förderung entstanden, wo beste Bedingungen für forschungsintensive junge Unternehmen bestehen, und vieles mehr.

Elbkurier: Im Bereich des leistungsfähigen Internets gibt es in Sachsen-Anhalt und auch in einigen Stadtteilen der Landeshauptstadt noch weiße Flecken. Wann kommt die Lösung?

Robra: Die Lösung wird mit hohem Fördermitteleinsatz (seit Ende 2008 ca. 30 Mio. €) schrittweise umgesetzt. 2012/2013 werden überall 2 Mbit erreicht. Damit kann man alle Internetangebote nutzen. In den nächsten Jahren werden flächendeckend höhere Bandbreiten ermöglicht. **Elbkurier: 2020 endet voraussichtlich die letzte EU-Förderperiode für die neuen Länder und läuft der Solidarpakt in Deutschland aus. Wann wird Sachsen-Anhalt auf eigenen finanziellen Füßen stehen?**

Robra: Wir werden 2020 auf genauso stabilen Füßen stehen, wie viele andere Regionen, aber wir werden Länder wie Bayern, Hessen oder Baden-Württemberg noch nicht eingeholt haben. Es wird auch nach 2020 noch einen Finanzausgleich geben

müssen, aber nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Wirtschaftskraft.

Elbkurier: Wird Sachsen-Anhalt wieder an das Vorkriegsniveau anknüpfen können?

Robra: Mitteldeutschland zählte zur absoluten Spitze im Deutschen Reich. Dann begann ein 40jähriges sozialistisches Experiment, das gescheitert ist. Viele sind nach Westen abgewandert und haben ihre Ausbildung und ihr Wissen mitgenommen. Die Unterstützung der alten Länder ist auch ein Ausgleich für diesen gewaltigen Brain-drain.

Elbkurier: Herr Robra, Sie sind auch der verantwortliche Minister für Medien. Der MDR will in Zukunft eine beliebte Serie in Magdeburg drehen lassen und Halle ist empört ...

Robra: ... die Serie „Polizeiruf 110“ ist eine der ältesten ostdeutschen Formate. Es freut mich, dass diese Serie demnächst aus Magdeburg und damit aus einem anderen Umfeld kommt. Aber ich erwarte natürlich, dass der MDR sich auch für Halle etwas einfallen lässt.

Elbkurier: Wo wünschen Sie sich mehr vom MDR?

Robra: Ich denke, der MDR muss noch mehr für die Identität der Menschen mit unserem Land tun. Hier sehe ich die neue Intendantin, Frau Prof. Wille, in der Pflicht. Und ich erwarte eine behutsame Modernisierung des MDR.

Elbkurier: Als Chef der Staatskanzlei haben Sie neun Jahre Prof. Böhmer gedient. Seit einem Jahr ist nun Reiner Haseloff Ministerpräsident unseres Landes. Wo liegen die Unterschiede zwischen beiden Persönlichkeiten.

Robra: Mit Reiner Haseloff habe ich seit 2002 als Kollege zusammengearbeitet. Wir kennen uns, schätzen uns und kommen sehr gut miteinander aus. Haseloff ist unmittelbarer der Wirtschaft zugetan, pflegt eine hohe Kontaktichte und hat eine engere Beziehung zu Wirtschaftsvertretern. Das zeigt sich aktuell am Konflikt mit der Bundesregierung um die Kürzungen bei der Solarförderung.

Elbkurier: Und die Unterschiede in ihrer persönlichen Art?

Robra: In ihren Grundlinien sind sich beide sehr ähnlich. Die Koalitionsvereinbarung wird konsequent umgesetzt. Die Staatskanzlei ist hier sehr sensi-



Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Rainer Robra am 12. März im Interview mit Wilfried Köhler für den Elbkurier. Fotos: Birgit Uebe

bel und sieht sich als Hüter der Vereinbarung auch gegenüber Ressortinteressen.

Elbkurier: Der ehemalige Bau- und Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre bezeichnet sich in seinem neuen Buch als der bessere Ministerpräsident. Wie sehen Sie das?

Politik ist Wettbewerb und Haseloff hat sich durchgesetzt.

Robra: Es war die freie Entscheidung von Karl-Heinz Daehre, nicht als Kandidat gegen Reiner Haseloff anzutreten, obwohl er sich anscheinend für besser hält. Politik ist Wettbewerb und Haseloff hat sich durchgesetzt. Das alleine zählt für mich.

Elbkurier: Welche Ziele muss die Koalition von CDU und SPD im Land unbedingt in dieser Legislaturperiode erreichen?

Robra: Das Land muss Strukturen finden, die Kosten und Leistungsfähigkeit zusammenbringen und zwar ohne neue Schulden zu machen. Wir müssen es schaf-

fen, die Steuergelder für die Zukunftsfähigkeit des Landes einzusetzen. Wir müssen uns sparsamer verwalten und brauchen daher Kostensenkungen und Aufgabenkritik.

Elbkurier: Auf welche Aufgaben wollen Sie denn verzichten?

Robra: Wir haben im Innenministerium eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zum Standardabbau und zum Aufgabenverzicht eingesetzt. Dem will ich nicht vorgreifen. Ich weiß allerdings auf Grund früherer Vorstöße, dass es zu praktisch jedem Standard und jeder Ausgabe Interessenten oder Betroffene gibt, für die die Welt untergeht, wenn man hier mit dem Rotstift rangeht.

Elbkurier: Wie könnte das Stadt-Umland-Verhältnis nach dem Scheitern des Zweckverbandes wieder auf eine neue Basis gestellt werden?

Robra: Die Oberzentren erbringen Leistungen z.B. für Kultureinrichtungen, die sie nicht alleine aus eigener Kraft finanzieren können. Das heißt, das Um-

land ist an der Finanzierung in irgendeiner Form zu beteiligen. Das kann über das Finanzausgleichsgesetz geschehen oder über einen „Kulturcent“. Dieses Problem muss in den nächsten Jahren unbedingt gelöst werden, denn wir haben immer noch eine Unwucht im Verhältnis der Oberzentren zu ihrem Umland. Eingemeindungen bleiben dabei aber in jedem Fall tabu.

Elbkurier: Wie kommen wir zu konkreten Lösungen?

Die Theaterlandschaft in Magdeburg ist unterfinanziert.

Robra: Die Theaterlandschaft in Magdeburg ist eindeutig unterfinanziert. Ich hoffe, dass der Kulturkonvent hier Vorschläge erarbeitet, die zu einer fairen Finanzierung der Aufgaben führen. Und wir müssen die Eigenfinanzierungsquoten erhöhen.

Elbkurier: Herr Minister Robra, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Wilfried Köhler

Termine

24.04.2012, 14.00 Uhr
OV Olvenstedt
Besuch BIO Ölwerk

25.04.2012, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
CDU-Kreisgeschäftsstelle

25.04.2012, 18.30 Uhr
OV Olvenstedt und OV Am
Neustädter Feld, Freiw. Feuer-
wehr, Hegewiesenweg

25.04.2012, 19.00 Uhr
OV Sudenburg
Plaza-Hotel

25.04.2012, 10.00 Uhr
Senioren Union
CDU-Landesgeschäftsstelle

Mai

01.05.2012, 10.00-17.00 Uhr
Infostand der CDA/JU/KGST/
Ratsfraktion, Alter Markt

07.05.2012, 18.00 Uhr
Frauen-Union

09.05.2012, 19.00 Uhr
OV Ottersleben
Gaststätte „Ottersleber Krug“
Große Schulgasse 2

09.05.2012, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „Texas-Kiste“
Baumschulenweg 48

10.05.2012, 19.00 Uhr
Vortragsabend mit Wolfgang
Bosbach MdB, Roncalli-Haus

15.05.2012, 18.30 Uhr
OV Olvenstedt
Gaststätte „Zur Hühnerleiter“
Klusweg 5 b

16.05.2012, 19.00 Uhr
OV Süd
Gaststätte „Fast wie zu Hause“
Ahornweg 19 a

30.05.2012, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
CDU-Kreisgeschäftsstelle

30.05.2012, 19.00 Uhr
OV Sudenburg
Besuch Hafen, Hafenumrundfahrt?

Juni

04.06.2012, 18.00 Uhr
Frauen-Union

05.06.2012, ca. 17.30 Uhr
OV Ottersleben
Geführte Wanderung auf dem
Ottersleber Rundweg

Fortsetzung S. 1: Magdeburgs Zukunft mitgestalten

Wie umfassend die Diskussion verlief wird dadurch deutlich, welche weiteren Punkte ausführlich beraten wurden:

- Oberflächenwasserproblematik
- Demografische Entwicklung – Haltefaktoren für junge Menschen / Studierende in Magdeburg
- Stärkung des Ehrenamtes inkl. Freiwillige Feuerwehren
- Versorgung mit Krippen-, Kita- und Hortplätzen
- Formen der Bürgerbeteiligung
- Moderne Sozialpolitik
- Europäische Dimensionen in der Kommunalpolitik
- Profilierung Magdeburgs als weltoffene Stadt und Anziehungspunkt für internationale Studenten

Im Anschluss an die Diskussion umriss der Kreisvorsitzende den weiteren Arbeitsplan - ausgehend von der Vorstellung der Ergebnisse der Klausurtagung im nächsten CDU-Kreisvorstand bis hin zur Beschlussfassung des Kommunalwahlprogramms

und Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl 2014. Krull kündigte dabei eine umfassende Bürgerbeteiligung und intensive Beratungen in den Gliederungen der CDU Magdeburg an.

„Vor uns liegen interessante und arbeitsreiche Monate“, fasste der Kreisverbandschef zusammen. „Nach einer interessanten und zielorientierten Klausurtagung bin ich mir aber sicher, dass unsere Kandidatinnen und Kan-

didaten über ein umfangreiches und wegweisendes Programm verfügen, mit dem sie sehr gut für den Wahlkampf und die politische Arbeit aufgestellt sein werden. Nun gilt es engagiert dafür zu sorgen, dass dieses Programm die Geschäftsgrundlage für die weitere Entwicklung unserer Landeshauptstadt sein wird. Gemeinsam können wir dieses Ziel sicher erreichen.“

Andreas Kern

Foto: Doris Memmler



Land muss Leistungen der Stadt anerkennen

Haushaltsrede des Fraktionschefs Schwenke im Wortlaut vom 17.01.

Die Beratung in den Ausschüssen und in den Fraktionen erfolgte unter großem zeitlichen Druck. Sowohl von Seiten der hauptamtlichen Verwaltung als auch von Seiten des ehrenamtlich wirkenden Stadtrates wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, damit der Haushalt schnellstmöglich beschlossen und nach, seiner hoffentlich schnellen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden, zeitnah umgesetzt werden kann. Damit sollen verlässliche Bedingungen für die Bürger, Vereine und die Unternehmer in unserer Stadt gesichert werden.

Bevor ich näher auf den Haushaltsentwurf und die politischen Vorstellungen unserer Fraktion eingehe, möchte ich noch einmal kurz die Rahmenbedingungen in den Fokus nehmen, unter denen diese entstanden sind.

Das Jahr 2011 wurde in Deutschland und Europa vor allem von einem Thema dominiert - die Schuldenkrise in einigen EURO-Ländern. Während viele europäische Länder mit massiven realwirtschaftlichen Problemen und Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, gelang es den deutschen Arbeitnehmern und Arbeitgebern

gemeinsam mit den Konsumenten ein kleines Wirtschaftswunder zu produzieren. Die CDU-geführte Bundesregierung hat hier die richtigen politischen Rahmenbedingungen gesetzt.

Auch in Sachsen-Anhalt haben die Menschen mit Unterstützung der alten wie neuen CDU-geführten Landesregierung große Anstrengungen unternommen, die sich auch in einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung ausdrückten.

Gleichwohl muss man feststellen, dass die Zahl der Leistungsempfänger nach SGB II, besser bekannt als Hartz IV, nicht im gleichen Maße zurückgegangen ist und auch die Zahl derjenigen, die trotz voller Erwerbstätigkeit auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind, nicht in einem befriedigenden Umfang zurückgegangen ist. Auch deshalb ist der Beschluss des letzten CDU-Bundesparteitages in Leipzig zur Einführung eines von den Tarifpartnern ausgehandelten Mindestlohns ein richtiger und wichtiger Schritt zur Verbesserung dieses bestehenden Ungleichgewichtes.

Welche Auswirkungen eine

erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und die damit potentielle eingehende Senkung der Sozialkosten auf die Stadtkasse hat, macht eine Zahl deutlich. Mehr als 30% oder 174.000.000 € werden durch die Stadt jährlich an Sozialaufwendungen übernommen. Der Bundestag hat beschlossen, dass zukünftig die Ausgaben für die soziale Grundversicherung durch den Bund übernommen werden, jedoch gehen diese Gelder in Sachsen-Anhalt nicht direkt an die Kommunen. Sie fließen in den allgemeinen Topf für die Zuweisungen an die Gemeinden ein.

Das bringt mich zum Thema des aktuellen Finanzausgleichsgesetzes. Die nun vom Landtag beschlossene Fortschreibung dieses Gesetzes für 2012 kann nur ein Zwischenschritt sein. Gerade als Vertreter eines Oberzentrums in diesem Gremium kann ich die Bedeutung eines tatsächlich aufgabenorientierten Finanzausgleichsgesetzes nicht genug betonen! Als Realpolitiker ist es den Mitgliedern der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg klar, dass es vermutlich nicht mehr Geld insgesamt geben wird, aber



Wigbert Schwenke. Foto: Birgit Uebe

es müssen endlich die Leistungen anerkannt und honoriert werden, die durch Magdeburg für das Umland erbracht werden. In diesem Kontext haben wir als Fraktion den Antrag gestellt, dass der Stadtrat den Oberbürgermeister in seinem Anliegen unterstützt, dass die strukturellen Fehler und Ungerechtigkeiten bei der Neuformulierung des Finanzausgleichsgesetzes beseitigt werden. Dazu gehört genauso die Akzeptanz bisheriger Sparanstrengungen wie die Nichteinbeziehung von einmaligen Einnahmen als dauerhafte Erlöse.

Die Diskussion dazu im Landtag wird mit Sicherheit außerordentlich spannend!

Zurück zur Stadt: Insgesamt haben wir uns als Fraktion erfolgreich darum bemüht, unserer Tradition treu zu bleiben und mit konstruktiven Anträgen den vorliegenden Haushaltsentwurf zu verändern bzw. zu ergänzen. So mit der Forderung des Einbaus von behindertengerechten Sanitäranlagen im Seniorentreff Nordwest und der Forderung, den lang geplanten und benötigten Neubau der Sporthalle in Buckau nicht weiter zu verzögern. Wir haben uns auch konstruktiv mit den Vorschlägen anderer Ratsfraktionen und der Verwaltung auseinandergesetzt.

Gerade der Änderungsantrag 31 des Oberbürgermeisters zur Drucksache mit den Konsolidierungsvorschlägen zur Beseitigung der Mindereinnahmen durch die FAG-Änderungen wurde bei uns in der Fraktion auf das Intensivste diskutiert. Wir haben gemeinsam mit der FDP-Ratsfraktion einen Alternativvorschlag zur geplanten Erhöhung der Grundsteuer B erarbeitet. Der zuständige Beigeordnete Holger Platz hat auf der

letzten Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses die Gründe dargestellt, die aus Sicht der Verwaltung gegen diesen Antrag sprechen. Wir bleiben aber trotzdem bei unserem Antrag, denn auch hier geht es nur um das Aussetzen der Wiederbesetzung für dieses Jahr und nicht für immer. Eines hat sein Vortrag aber ganz deutlich gemacht, der Stadtrat braucht aktuelle, akkurate und nachvollziehbare Zahlen von Seiten der Verwaltung, um seiner Aufgabe und Verantwortung gerecht zu werden. Ich hoffe, dass die entsprechenden Zahlen zukünftig zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Aus Sicht unserer Fraktion ist eine Anhebung der Grundsteuer B ein falsches Signal an die Bürger und Gewerbetreibenden in der Stadt, vor allem bei der von allen politischen Seiten, immer wieder, geforderten Akquise von weiteren Wirtschaftsansiedlungen. Hier hätte ich zugegebenermaßen einen lautereren Aufschrei von IHK, Handwerkskammer und auch vom Wirtschaftsdezernat erwartet. Ich bin mal neugierig, wie sich diesbezügliche Kritik zukünftig entwickelt.

Bei der ganzen Diskussion um die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B sind die anderen Konsolidierungsvorschläge des Oberbürgermeisters etwas aus dem Focus der Betrachtung geraten. Gerade die vorgesehenen Einsparungen im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsamt und im Kulturbüro werden noch zu erheblichen Diskussionen in den Gremien des Stadtrates als auch in der Öffentlichkeit führen. Bezüglich der Kürzungen im Kulturbüro möchte ich bereits heute feststellen, dass diese nicht bei den Zuwendungen an die freie Kulturszene, die gerade einmal 100 Tausend € betragen, passieren kann. Ähnliches gilt übrigens auch für die freien Träger der Jugendhilfe.

Was die Haushaltskonsolidierung angeht, ist in der Stadt schon viel geleistet worden. Seit 1999 hat die Landeshauptstadt Magdeburg 80 Mio. € an Konsolidierungserträgen erwirtschaftet, allein davon sind 35 Mio. € durch echte Personalreduzierungen erbracht worden. Gleichzeitig hat dieses Gremium, also wir alle, im Herbst 2011 den Beschluss gefasst, dass zukünftig nur noch ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden dürfen. Dies und die

Tatsache, dass wir als Stadt vor uns ein Altdefizit von 180 Millionen Euro herschieben, machen weitere Sparanstrengungen nötig. Dazu müssen die Verwaltung und der Stadtrat den Mut aufbringen und sich der Frage stellen, welche Leistungen in welchem Umfang durch die Stadt für die Bürger und Unternehmen erbracht werden sollen. Tatsächliche Einsparungen lassen sich im größeren Umfang nur realisieren, wenn ganz konkret das Leistungsangebot kritisch auf den Prüfstand gestellt wird und Wünschenswertes, aber nicht Finanzierbares durch die Stadtverwaltung auch nicht mehr geleistet wird. Diese Aufgabenkritik hatten wir bereits im Jahr 2010 beantragt, aber leider nicht die erforderliche Ratsmehrheit gefunden. Wenn sich hier eine politische Mehrheit für die Umsetzung dieses sicher nicht einfachen Projektes findet, sind wir gerne zur Mitarbeit bereit.

Wir stehen vor der Herausforderung, die Balance zwischen der notwendigen Konsolidierung auf der einen Seite und dem Todsparen auf der anderen Seite zu finden. Eine Erhöhung der Einnahmen, grundsätzlich durch die Stärkung der eigenen Steuerkraft und die bereits angesprochene gerechte Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes, bleibt unabdingbar.

In den vergangenen Jahren hat sich das Stadtbild zweifelsohne zum positiven entwickelt. Im Jahr 2011 konnten darüber hinaus noch einige Projekte mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden. Zum Beispiel die Sanierung der Schwimmhalle in der Großen Diesdorfer Straße. Im kommenden Jahr sind nun Investitionen im Umfang von rund 38 Mio. € vorgesehen. Dazu gehören so wichtige Vorhaben wie die Fortführung der Sanierung der Berliner Chaussee bis hin zur Beschaffung eines neuen Busses für die Fahrbibliothek. Besonders freut es uns, dass mit der Fertigstellung des Mitteldeutschen Figurentheaterzentrums und dem Beginn des Neubaus für die FFW Olvenstedt zwei Investitionsvorhaben abgeschlossen bzw. begonnen werden, die unserer Fraktion besonders am Herzen lagen bzw. liegen.

Wenn man nun die Vergleiche zu den Vorjahren zieht wird eines deutlich: das Investitionsvolumen der Landeshauptstadt ist drastisch zurückgegangen und wird

dies wohl auch weiter tun. Gleichzeitig haben wir im doppischen Haushalt Abschreibungen in der Höhe von 45 Mio. € veranschlagt. Bei der reinen Betrachtung dieser Zahlen, ohne die Berücksichtigung der Sonderrückstellungen, wird ein Vermögensverzehr sichtbar. Es kann schlicht nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass wir als Kommune von unserer Substanz leben. Auch hier stehen uns noch spannende und schwierige Diskussion bevor. Wir werden da, wie gewohnt, konstruktiv mitwirken!

Lassen Sie mich noch abschließend folgendes, gewissermaßen als Vorausschau, sagen:

In unserer Stadt wird es 2012 zahlreiche Höhepunkte unterschiedlichster Natur geben. Zweifelsohne werden dazu auch die Ausstellung „Otto der Große und das Römische Reich – Kaisertum von der Antike zum Mittelalter“ und das 4. Magdeburger KinderkulturFestival zählen. Ich möchte heute hier in diesem Kreise auch einige „Wunschschlagzeilen“ formulieren, die ich gerne 2012 in den Medien lesen bzw. sehen möchte.

- Blauer Bock in Magdeburg wurde abgerissen
- Versorgungslücken im Magdeburger Kita-Netz geschlossen
- Bauprojekt Eisenbahnüberquerung Ernst-Reuter-Allee kann ohne weitere Einsprüche und Klageverfahren fortgeführt werden
- Magdeburger Hochschulen feiern neuen Studierendenrekord
- Finanzausgleichsgesetz stärkt die Oberzentren
- mehrere Wirtschaftsansiedlungen schaffen tausende neue Jobs in Magdeburg und in der Region

Meine Fraktion und auch ich persönlich werden unser bestmögliches tun, damit dies nicht nur Wünsche bleiben, sondern sie Realität werden.

Wir haben als Fraktion erhebliche Bauchschmerzen bezüglich des Haushaltes in Anbetracht der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wir werden als Fraktion aber der Drucksache mehrheitlich zustimmen.

An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die ihren Beitrag zur Erarbeitung und zur kritisch-konstruktiven Diskussion des Haushaltsentwurfes geleistet haben. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Wigbert Schwenke, MdL
Vorsitzender Fraktion CDU/BfM

weitere Termine

13.06.2012, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „Texas-Kiste“
Baumschulenweg 48

13.06.2012, 19.00 Uhr
OV Süd, Gaststätte „Fast wie zu Hause“, Ahornweg 19 a

19.06.2012, 18.30 Uhr
OV Olvenstedt, Gaststätte „Zur Hühnerleiter“, Klusweg 5 b

27.06.2012, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
CDU-Kreisgeschäftsstelle

27.06.2012, 19.00 Uhr
OV Sudenburg, Plaza-Hotel
Halberstädter Str. 146

29.06.2012, 19.00 Uhr
OV Ottersleben, Sommerfest

30.06.2012, 10.00 Uhr
Mitgliederversammlung
RAMADA-Hotel

Juli

06.07.2012, 19.00 Uhr
OV Sudenburg
Grillparty auf der Terrasse des
1. TCM, Salzmannstr. 25

20.07.2012
Sommerfest des Landesverbandes,
Kurpark Bernburg

Langfristige Termine

03.10.2012
Infostand zum Rathausfest

13.10.2012, 19.00 Uhr
CDU-Ball des Kreisverbandes
MARITIM-Hotel Magdeburg

10.11.2012, 22. Landespartei-
tag Sachsen-Anhalt

17.11.2012, 10.00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
Neuwahl Kreisvorstand

03.-05.12.2012
Bundesparteitag, Hannover

Impressum

Herausgeber: CDU-Kreisverband
39104 Magdeburg
Fürstenwallstr. 17
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion: Wilfried Köhler
(V.i.S.d.P.), Tobias Krull, Andreas Kern

Layout/Satz: Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign

Druck: agentur frische ideen
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise: viermal jährlich

Zwischen Konsolidierung und Gefahr des Todsparens



Der Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg für das Jahr 2012 wurde vor kurzem durch die zuständige Aufsichtsbehörde ohne Auflagen genehmigt. Dass dies nicht üblich ist, macht die Tatsache deutlich, dass die Stadt Halle/Saale sich erst in den Beratungen zum diesjährigen Haushalt befindet (Stand März 2012). Dieser Erfolg ist sicher auch der Verdienst der engagierten Arbeit des zuständigen Dezernates unter der Leitung des Beigeordneten Klaus Zimmermann (CDU).

Mit der Freigabe ist nun die Stadtverwaltung in der

Lage zum Beispiel Aufträge für Baumaßnahmen auszulösen oder Fördergelder auszugeben. Dem Stadtratsbeschluss im Januar zum Haushalt 2012 waren intensive Debatten sowohl in den Ausschüssen als im Stadtrat selbst vorausgegangen. Als Vorsitzende des Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr machte Stadtrat Reinhard Stern (CDU/BfM) in der Haushaltsondersitzung des Stadtrates die bisherigen Anstrengungen deutlich. Mit mehr als 170 Konsolidierungsmaßnahmen wurden bisher über 80 Millionen Euro eingespart, davon 35 Mio. Euro an Personalaufwendungen.

Besonders in dieser Debatte umstritten war der Verwaltungsvorschläge zum Ausgleich der Mindereinnahmen durch die Änderungen beim Finanzausgleichsgesetz durch das Land. Die Fraktion CDU/Bund für Magdeburg hat die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B abgelehnt, wurde aber im Rat überstimmt. Der gemeinsam mit der FDP-Ratsfraktion eingebrachte Alternativvorschlag fand keine Stadtratsmehrheit.

Bei anderen Änderungsan-

trägen konnte die Fraktion CDU/BfM unter der Führung ihres Vorsitzenden Wigbert Schwenke MdL verschiedene Erfolge verbuchen. So mit den Anliegen der Einrichtung einer behindertenfreundlichen Toilette im Seniorentreff Nordwest, der Verhinderung weitere Verzögerungen beim Neubau der Sporthalle Buckau oder zur Nutzung der alten Festungsanlagen.

Insgesamt hat die Fraktion dem Haushalt grundsätzlich zugestimmt um eine handlungsfähige Verwaltung zu gewährleisten. Doch die Diskussionen sind noch lange nicht beendet, so zu den geplanten Kürzungen im Jugendhilfe und Kulturbereich. Gleichzeitig werden wir als Magdeburger CDU unsere Position bezüglich der Stärkung der Oberzentren bei der Neugestaltung des Finanzausgleiches des Landes deutlich machen. Wir wollen dabei keine einseitige Bevorzugung der Großstädte, sondern nur einen fairen und angemessenen Ausgleich für die Aufwendungen aufgrund der besonderen Aufgaben, die im Interesse der ganzen Region durch die Stadt erbracht werden.
Tobias Krull

Jeder Extremist ist Mist – 4. Meile der Demokratie

Am 16. Januar 1945 zerstörten alliierte Bomberangriffe die Innenstadt Magdeburgs fast vollständig. Mehrere tausend Menschen starben, wesentlich mehr wurden verletzt und/oder verloren ihr Heim. Bis zum heutigen Tage sind die „Narben“ im Stadtbild erkennbar, die dieses Ereignis schlug.

Seit mehreren Jahren versuchen Extremisten die Erinnerung an die Bombennacht für ihre eigene Propaganda zu missbrauchen und betreiben unverhohlenen Geschichtsfälschung. Mehr als 170 Akteure aus allen gesellschaftlichen Gruppen versuchen mit der Meile der Demokratie, die in diesem Jahr zum vierten Mal stattfand, ein Zeichen zu setzen. Positiv ist, dass in diesem Jahr rund 10.000 Menschen durch ihr Mitwirken und ihre Anwesenheit dieses Anliegen unterstützen.

Auch der gemeinsame Infostand der CDU/BfM-Ratsfraktion/CDU-Kreisverbandes/JU und RCDs war personell gut besetzt und konnte sich unter anderem über Besuche des Landtagspräsidenten Detlef Gürth, der



Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin Birgitta Wolff und des Innenministers Holger Stahlnecht freuen.

Es bleibt aber ein bitterer Beigeschmack. Auch in diesem Jahr versuchten offensichtlich Linksautonome den friedlichen Protest gegen die Rechtsextremisten für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen.

Was haben Angriffe von Linksautonomen auf Personen, die Bekleidungsstücke von der „falschen“ Marke tragen, Wurfangriffe mit Betonplatten auf Polizisten,

brennende Müllcontainer und Attacken auf unseren Infostand an diesem Tag mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus zu tun? Nichts, aber auch gar nichts!

Wir werden uns als Union weiter öffentlich für Demokratie und Toleranz einsetzen und uns von solchen Chaoten nicht aus dem öffentlichen Raum vertreiben lassen. Es darf keine Toleranz gegenüber Gewalttätern geben, egal unter welchem politischen Deckmantel sie ihre Taten begehen.
Tobias Krull

Foto: Jana Lesniak

Der christliche Glaube in der Öffentlichkeit - Chancen und Grenzen

Dr. Lührs neuer Kreisvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Magdeburg

Das „C“ in der CDU ist immer wieder Aufgabe und Reibungsfläche für all diejenigen, die in besonderer Weise nach christlich-ethischen Grundlagen für CDU-Politik aus protestantischer Sicht fragen. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) will hier Orientierung und Hilfe geben. Politische Gestaltung kann nur durch öffentliche Wirkung erfolgen, und so ist die Frage nach Aufgabe, Möglichkeit und Grenze christlicher Publizistik eine hoch aktuelle. Was ist in der modernen Medienwelt wünschenswert, was ist möglich und welchen Versuchungen sollte niemand unterliegen?

Egmond Prill, Leiter der Christlichen Medienakademie, sprang für den erkrankten Referenten Wolfgang Baake ein. In einem mitreißenden Vortrag verkündete er, dass Christen heute unserer Gesellschaft etwas zu sagen haben. Es will aber gut überlegt sein, wie Christen dieser Welt etwas sagen wollen. Christen müssen wissen, wie die Medien „ticken“. „Was ist neu an einer Nachricht? Was ist das Besondere an der Nachricht?“ Medien haben nicht nur heute eine große Macht. „Nicht die Tatsachen, sondern Meinungen über Tatsachen bestimmen das Handeln des Menschen“, so schon Epiktet vor zweitausend Jahren. Gerade deshalb ist es wichtig, dass es genügend Entscheider mit einem festen Wertefundament in den Medien gibt. Die Christliche Medienakademie sucht, sammelt und bildet junge, geeignete Menschen für diesen Weg aus.

Bei aller Beschwerde über

gewisse Berichterstattungen und –auslassungen in den Medien, stellte Prill die Frage, welcher der Zuhörer denn schon einen Leserbrief geschrieben habe, in dem ein Journalist für einen guten Beitrag gelobt wurde? Leserbriefe werden in den Redaktionen sehr genau gelesen. Er gab allen Zuhörern mit auf den Weg, dass ihre zur Förderung des Qualitätsjournalismus zu leisten.

Im Anschluss an die Veranstaltung wurde der Vorstand des EAK neu gewählt. EAK-Landesvorsitzender Jürgen Scharf, MdL dankte dem bisherigen Vorsitzenden Wolfgang Löw für seine langjährige Tätigkeit. Aus gesundheitlichen Gründen stand dieser für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung. Neu gewählter Vorsitzender



ist Dr. Dietrich Lührs, Direktor des Ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg und auch Mitglied im Gemeindegemeinderat der Dom-

wurde Reinhard Gurcke gewählt, zu Beisitzern Bärbel Bühnemann, Dr. Werner Fiedler und Manuel Rupsch.

Jürgen Scharf
EAK-Landesvorsitzender



Der gewählte Vorstand des EAK mit dem neuen Vorsitzenden Dr. Friedrich Lührs (3. v. rechts), weiter im Bild v. l.: Tobias Krull, Wolfgang Löw; Reinhard Gurcke, Jürgen Scharf, Bärbel Bühnemann und Manuel Rupsch. Foto: Jana Lesniak

Schüler Union: dem Extremismus den Nährboden entziehen

Schüler gegen Extremismus war die zentrale Botschaft der Schüler Union Deutschlands auf ihrem Bundeskoordinationsausschuss, der im Februar in Magdeburg stattfand.

„Wir alle haben mit Schrecken darauf reagiert, dass über Jahre hinweg eine rechtsextreme Zelle unbehelligt von Ermittlern und Öffentlichkeit ideologisch motivierte Mordanschläge verüben konnte. Deshalb steht Extremismus einmal mehr auf der Tagesordnung“, so der Bundesvorsitzende Lutz Kiesewetter. Der Schüler Union bereitet aber

vor allem Sorge, dass Extremisten von rechts und links intensiv um Schüler und Jugendliche werben. „In unserem Leit Antrag, der auch ein acht Punkte Programm mit konkreten Sofortmaßnahmen enthält, nehmen wir uns genau diesem Problem an und bieten Lösungen“, so Kiesewetter weiter.

Die Schüler Union fordert in ihrem beschlossenen Leit Antrag unter anderem verpflichtende Exkursionen zu Gedenkstätten, die Einführung von besonderen Programmen zur Gewaltprävention mit dem Schwerpunkt links-

extremistischer Gewalt und eine ausführlichere Thematisierung der SED-Diktatur im Schulunterricht, um Extremismus frühzeitig seinen Nährboden zu entziehen. Das Papier wurde mit Holger Stahlknecht, MdL (Innenminister Sachsen-Anhalt), Dr. Reiner Haseloff, MdL (Ministerpräsident Sachsen-Anhalt), Andreas Riethmüller (Vorsitzender Landesfachausschuss Bildung und Kultur der CDU Sachsen-Anhalt), Tobias Krull (Vorsitzender CDU Magdeburg) und Angela Gorr, MdL (Vorsitzende Kuratorium Landeszentrale für politische

Bildung) sowie der Magdeburger JU-Kreisvorsitzenden Freya Gergs ausführlich diskutiert. Jeder von ihnen brachte wertvolle Impulse ein.

Für die Schüler Union steht mitunter fest, dass Rechts- wie Linksextremismus gleichermaßen gefährlich sind. „Der Kampf gegen Rechts darf deshalb nicht der radikalen Linken überlassen werden. Außerdem müssen in der aktuellen Extremismusdebatte auch islamistische Tendenzen berücksichtigt werden“, so Kiesewetter abschließend.

SU-Bundesverband

„Magdeburger des Jahres 2011“ ist CDU-Ortsverbandschef

„Alles Große in unserer Welt geschieht nur, weil jemand mehr tut, als er muss“, lautet ein Satz des Gründers der SOS-Kinderdörfer Hermann Gmeiner. Es könnte das Motto von Tim Liebe sein. Der 42-jährige Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes „Am Neustädter Feld“ schaffte es, vielen kleinen Magdeburgern eine große Freude zu machen.

Mit viel Herzblut stellte der Polizist das Ferienprojekt Mitmachzirkus „Smiley“ in Buckau auf die Beine. Unermüdlich putzte er in seiner Freizeit Klinken bei Vereinen, Firmen, Verbänden und anderen potenziellen Geldgebern. Versteht sich von selbst, dass er auch aus den Reihen der CDU, wie z. B. von den Magdeburger Landtagsabgeordneten Jürgen Scharf, Wigbert Schwenke und Dieter Steinecke, finanzielle Hilfe erfuhr. Hunderte Grundschüler, die nicht mit ihren Eltern verreisen konnten, kamen so zu einem unvergesslichen Freizeitspaß. Nach Anweisung von erfahrenen Mitarbeitern übten sie eigene Vorführnummern, die sie schließlich unter der Zirkuskuppel vor Publikum darboten.

Den Lohn für die gute Tat erhielt Liebe gleich in doppelter Form: Durch strahlende Kinderaugen und den Titel „Magdeburger des Jahres 2011“, den die Leser der „Volksstimme“ dem Familienvater verliehen. Mehr als 1.200 Magdeburger hatten für ihn votiert und ihn damit bei einer Leserabstimmung vor dem bekannten Kabarettisten Frank Hengstmann auf Platz 1 gesetzt.

Der CDU-Kreisverband kann stolz sein, einen Mensch wie Tim Liebe, der u. a. noch dem Vorstand des Vereins „Düpler Mühle“ und der Elternvertretung der Grundschule „Am Grenzweg“ angehört, in seinen Reihen zu wissen. Denn Liebe lebt das bürgerschaftliche Engagement, ohne das eine Stadt wie Magdeburg ärmer wäre, beispielhaft vor. Gleichzeitig steht er stellvertretend für viele andere Mitglieder, die sich über die politische Arbeit hinaus in ihrer Freizeit für andere und die Gesellschaft engagieren. Für sie alle ist der „Magdeburger des Jahres 2011“ sicher Mutmacher und Motivation.

Andreas Kern

Mehr als 1.400 € für Elternhaus und Blutspendewesen

Auch zum Jahresende 2011 sammelte die Junge Union Magdeburg, unterstützt durch die Firma Magdeburger Gastro Konzept GmbH, Geld für den guten Zweck. Der Großteil der Spendensumme kam bei dem schon Tradition gewordenen Glühweinverkauf für diese Spendenkampagne zusammen.

Dieser wurde von zahlreichen Mitgliedern der Ratsfraktion CDU/Bund für Magdeburg, allen voran dem Fraktionsvorsitzenden Wigbert Schwenke MdL, dem CDU-Kreisvorsitzenden Tobias Krull und dem CDU-Landtagsabgeordneten Jürgen Scharf unterstützt. Weitere Spenden kamen bei einer Sammlung in den CDU-Ortsverbänden auf die Initiative des Stadtrates, JU-Mitglieder und CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Daniel Kraatz zusammen.

Zu der Verwendung der



Spendenmittel erklärt die JU-Kreisvorsitzende Freya Gergs: „Die Spenden kamen jeweils zur Hälfte der Stiftung für das Elternhaus des Magdeburger Förderkreises krebskranker Kinder e.V. sowie dem Förderverein für das Blutspende-

wesen in Magdeburg e.V. zugute. Es freut uns, dass wir beide seit Jahren in ihrer wichtigen Arbeit unterstützen können und möchten allen Beteiligten an dieser Spendenaktion auf das herzlichste Danken.“ Alexander Schröder

Bildungsreise zum EU-Parlament in Straßburg

Zu einer außerplanmäßigen Bildungsreise hat das Mitglied des EU-Parlaments Dr. Horst Schnellhardt Mitte Februar eingeladen. 47 Absolventinnen und Absolventen des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e.V. (SIKOSA e.V.) nutzten die angebotene politische Bildungsreise, um den Teil ihrer staats- und europarechtlichen Ausbildung zu vertiefen.

Herzlich wurden wir im historischen Rathaus der Stadt Straßburg von Dr. Schnellhardt und von einer Stadträtin empfangen. Vor der Plenarsitzung am Dienstag berichtete Dr. Horst Schnellhardt

von seiner Arbeit im EU-Parlament und bot den Teilnehmern ausreichend Gelegenheit für Fragen.

Auf der Besuchertribüne konnte die Gruppe einer Sitzung des Plenums beiwohnen. Thema war unter anderen: Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in Europa.

Anschließend fand eine Stadtführung durch die „Europäische Hauptstadt“ Straßburg statt. Der Gruppe wurde ein Einblick in die wechselvolle Geschichte dieser deutsch-französischen Stadt und heutigem Zentrum der parlamentarischen Demokratie in Europa

vermittelt.

Auf der Rückreise wurde ein Zwischenstopp in Heidelberg mit Stadtführung eingelegt. Wir besuchten das Geburtshaus von Friedrich Ebert (Reichspräsident von 1919 – 1925), die Universität usw.

Die politische Bildungsreise war sehr informativ und interessant. Aus den Diskussionen der Teilnehmer konnte ich entnehmen, was auch meine persönliche Meinung ist, dass der Bürger viel zu wenig über die Aufgaben und Tätigkeiten des Europäischen Parlaments informiert ist.

Rolf-Dieter Weske



Dr. Horst Schnellhardt, MdEP, rechts im Bild mit der Besuchergruppe.

Foto: privat

Wirtschaftliche Entwicklung ist ermutigend



Ministerin Wolff erläuterte ihren wirtschaftspolitischen Kurs und machte am Beispiel ihrer Heimatregion Münsterland Mut für die Zukunft. Dort sei auch ohne große Industrie die Entwicklung vom Armenhaus Nordrhein-Westfalens in eine erfolgreiche Region mit „heimlichen Champions“ gelungen.

Foto: Birgit Uebe

Mehr als 250 Gäste konnte der Kreisvorsitzende Tobias Krull beim diesjährigen Neujahrsempfang der Magdeburger CDU Mitte Januar begrüßen. Darunter die

Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff, den Landwirtschafts- und Umweltminister Dr. Hermann-Onko Aeikens, die Magdeburger

Landtagsabgeordneten Jürgen Scharf, Dieter Steinecke sowie Wigbert Schwenke. Aus unserer Partnerstadt war ebenfalls eine Delegation unter der Leitung der

Braunschweiger Bürgermeisterin Friederike Harlfinger angereist.

In seiner Begrüßungsrede machte der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull deutlich, dass 2012 ein Jahr voller Herausforderungen sein werde. Gerade in Anbetracht der geplanten Kürzungen bei den städtischen Zuschüssen lud er die Öffentlichkeit zu einer Diskussion ein, was und in welchem Umfang noch von der Stadt finanziert werden sollte.

Ministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff ging in ihrem Grußwort kurz auf die aktuelle Veränderungen bei der Wirtschaftsförderung des Landes ein. Im Fokus ihres Vortrags stand aber vor allem die Frage, wie sich die Union in der kommenden Zeit in Abgrenzung zur politischen Konkurrenz positionieren muss. Dazu gehört auch das klare Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.

Im Anschluss an den offiziellen Teil gab es Gelegenheit für zahlreiche Gespräche in lockerer Runde und diese wurde intensiv von den Anwesenden genutzt.

CDU-Geschäftsstelle

Ihr Partner für Schönheit und Schutz
39245 Gommern | Brauhausstr. 24 | www.maler-zahn.de

Maler Zahn GmbH
039200 40000

Frühling läßt sein blaues Band wieder flattern ...
... wir lassen die Frische des Frühlings in Ihr Haus!
- Maler Zahn -

Ihr Partner für Schönheit und Schutz

Minister Thomas Webel kämpft für A 14 Richtung Norden



Zu Gast in den Ortsverbänden Mitte und Ostelbien im Kaffeehaus Köhler: CDU-Landesvorsitzender und Minister Thomas Webel mit seinem Vortrag über die Situation und die anstehenden Aufgaben der CDU als Partei und als Regierungspartner.

Foto: Jana Lesniak

Am 21. Februar 2012 trafen sich die Ortsverbände Mitte und Ostelbien zu einer gemeinsamen Sitzung im Kaffeehaus Köhler. Anlass dafür war der Besuch des CDU-Landesvorsitzenden und Ministers für Landesentwicklung und Verkehr, Thomas Webel.

Zunächst nahm Webel zu einigen aktuellen bundespoli-

tischen Themen Stellung, wie zur Nachfolge des Bundespräsidenten oder zur Bundeshilfe für den Euro-Rettungsschirm. Nicht weniger Aufmerksamkeit fanden landespolitische Themen, z.B. die Schwerpunkte des Landeshaushalts 2012/13. Dabei gelang es dem Landesvorsitzenden, Sachfragen zugleich mit dem nötigen Ernst als auch mit

einem gesunden Schuss Humor zu behandeln.

Nach dieser Einführung ging Webel in der Diskussion auf alle Fragen der fast 50 Anwesenden ein. Dass er als Verkehrsminister besonders auf die Nordverlängerung der A 14 und andere Fragen des Straßenbaus angesprochen wurde, erstaunt nicht. Unmissverständlich äußerte er sich zum Weiterbau der A 14. Wenn sich drei Landesparlamente und der Bundestag nach intensiver öffentlicher Diskussion zu dieser Baumaßnahme bekannt hätten, könne die demokratische Legitimation dieser verkehrspolitischen Lebensader nicht ernsthaft bestritten werden. Bei jedem Autobahnbau werde ein erheblicher Teil der Kosten für Natur- und Artenschutz aufgebracht. Die echte Sorge um die Zukunft einer Region müsse aber, außer diesem Schutz, immer auch die Interessen der in ihr lebenden Menschen umfassen. Auch sie hätten einen Anspruch auf einen lebenswerten „Nistplatz“

und eine wirtschaftliche Perspektive.

Auf die Bildungspolitik angesprochen sagte Webel, er stehe zu den Vereinbarungen mit dem Koalitionspartner. Dazu gehöre auch die Absprache, dass Gemeinschaftsschulen entstehen könnten - allerdings als Teil und nicht als Ersatz eines vielgestaltigen Bildungswesens. „Mit der CDU wird es in Sachsen-Anhalt keine Reform zu Lasten der Gymnasien geben!“, sagte Webel unter großem Beifall. Dies sei keine Prinzipienerei, sondern man schulde es den jungen Menschen, dass sie bundesweit anerkannte Abschlüsse erhalten. Ob man mit der Gemeinschaftsschule Schulstandorte erhalten könne, müsse sich erst noch zeigen. Schon jetzt habe Sachsen-Anhalt viele kleine Schulen, um unzumutbare Wegezeiten zu vermeiden. Und eine Schule mit allen Abschlüssen unter einem Dach brauche eher mehr Schüler.

Alexandra Mehnert
Andreas Schomaker

Fachkräftesicherung - jungen Lehrern Chancen geben

Die Landesregierung wird in Bezug auf das Halten und Zurückholen von Fachkräften den eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Am Beispiel der Lehrerausbildung wird dies deutlich.

Spitzen- und Fachkräfte können sich ihren Beschäftigungsort zunehmend aussuchen. Und sie tun dies, doch meist nicht in Sachsen-Anhalt. Angesichts der Berichterstattung der Magdeburger Volksstimme im Februar über die angespannte Stellenlage bei den Referendariatsplätzen an den Gymnasien muss aber die Frage gestellt werden, ob die Landesregierung auch die richtigen Schwerpunkte setzt. Denn gerade die Lehrerausbildung kann sie beeinflussen. Dass hier mit Steuergeldern neben dem Bedarf ausgebildet wird, ist bestenfalls problematisch. Wenn dabei jedoch jedes Jahr durch das Kultusministerium darauf verwiesen wird, dass junge Lehrer benötigt werden, ist dies dann äußerst befremdlich. Denn damit untergräbt die Regierung ihre eigene Kampagne. Was sollen erst Rückkehrwillige denken, wenn frisch ausgebildete Fachkräfte aus Sachsen-Anhalt schon keinen Platz finden?

Die wirtschaftliche Zukunft hängt maßgeblich davon ab, ob im Land ausgebildete Fachkräfte eine Zukunft vor Ort haben. Bildung ist hierbei der Schlüssel zum Erfolg unseres Landes. Eine Abwanderung, gerade von jungen Lehramtsstudentinnen und -studenten, schadet Sachsen-Anhalt nachhaltig. Denn sie fehlen künftig bei der Regeneration der überalternden Lehrerschaft. Auch wenn die Initiative der Landesregierung, Fach- und Spitzenkräfte aus Sachsen-Anhalt zur Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen, löblich ist und noch weiter verstärkt werden sollte, so muss der einfachere Weg, diesen Menschen von Anfang an eine Perspektive in ihrem Heimatland zu bieten, oberste Priorität haben. Hier muss die Landesregierung glaubwürdiger werden. Bei der Lehrerausbildung kann sie mit gutem Beispiel vorangehen, denn hier kann sie als Bedarfsträger selbst das Angebot bestimmen.

Wenn Fach- und Spitzenkräfte im Land gehalten werden sollen, müssen sie ein attraktives Angebot vorfinden. Wer erst einmal das Land verlassen hat, kehrt meist nicht mehr zurück. Alexander Schröder

Sabine Wölfer im Amt bei der Frauen Union bestätigt

Bei der regulären Neuwahl des Vorstandes wurde die selbstständige Versicherungsvertreterin Sabine Wölfer einstimmig in ihrem Amt als Kreisvorsitzende der FU bestätigt.

Zu ihren Stellvertreterinnen wurden die Lehrerin Bärbel Bühnemann sowie die Angestellte Franziska Rothenberg gewählt. Das Amt der Schriftführerin bekleidet die Referentin Jana Lesniak. Mit den Beisitzerinnen Christina Helbig, Sonja Kaufholz, Gisela Luding und Gitta Warzitz ist der Vorstand komplett.

Sabine Wölfer betonte die wichtige und zeitaufwendige eh-

renamtliche Arbeit der FU. Zu den herausragenden Aktivitäten zählen der jährliche Gabentisch sowie Themenabende wie zum Beispiel zum Stalking. Zu den kommenden Aufgaben der FU erklärte Sabine Wölfer: „Wir wollen als FU noch stärker als bisher Veranstaltungen für die interessierte Öffentlichkeit durchführen. Darin sollen Themen aufgegriffen werden, die Frauen aktuell beschäftigen, wie zum Beispiel die Frage von Altersarmut.“

Als Gäste konnten u. a. Landesvorsitzende Eva Wybrands und der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull begrüßt werden.

Jana Lesniak



“Fiskalpakt ist wesentlicher Schritt zur Stabilitätsunion“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Unterzeichnung des Fiskalpaktes auf dem EU-Gipfel in Brüssel gelobt. Man sei „diesen wesentlichen Schritt hin zu einer Stabilitätsunion und zu Elementen einer politischen Union in sehr kurzer Frist“ gegangen. Mit dem Fiskalpakt haben 25 der 27 EU-Länder als Lehre aus der Krise strengere Haushaltsdisziplin verabredet. Neben größerer Haushaltsdisziplin seien auch weitere Anstrengungen im Kampf gegen die Schuldenkrise notwendig, betonte Merkel weiter.

„Ich glaube, das war schon ein wesentlicher Moment, in dem sich 25 der 27 Mitgliedsstaaten verpflichtet haben, den Stabilitäts- und Wachstumspakt ambitionierter und verlässlicher, mit Eingriffen auch des Europäischen Gerichtshofs umzusetzen“, so Merkel nach der Unterzeichnung. Sie betonte zudem, dass neben dem Streben nach soliden Haushalten es nun absolut notwendig sei, sich mit der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung zu befassen, „um unseren Wohlstand auch wirklich erhalten zu

können. Daran müssen wir weiter arbeiten.“

Die Eurozone sei weiterhin in einer schwierigen Lage. „Wir haben Fortschritte erzielt, aber zu sagen, es ist jetzt Entwarnung, das wäre jetzt viel zu früh“, so die Bundeskanzlerin. Sie kündigte an, dass die Euro-Länder die Bareinzahlungen in den geplanten dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM vorziehen werden. Es sollen in diesem Jahr bereits zwei Raten einbezahlt werden. Dann gebe es zwei Instrumente zum Schutz vor der Schuldenkrise: den unterzeichneten Fiskalpakt für mehr Stabilität in der Eurozone und den dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM.

Es müsse wieder Vertrauen aufgebaut werden. Merkel: „Wir werden jetzt beweisen müssen, dass wir diese Überwachung auch wirklich ernst nehmen und dann national die entsprechenden Schritte einleiten.“ In Zukunft sei klar, dass nur diejenigen, die den Fiskalpakt einhalten, auch Hilfen aus dem ESM bekommen könnten.

Die Gewalt des Regimes in Syrien gegen die Zivilbevölke-



rung im Land kritisierte Merkel als „völlig inakzeptabel“. Die EU werde alles tun, damit diejenigen, „die heute Menschenrechte aufs Schärfste verletzen, in Zukunft auch zur Verantwortung gezogen werden“, so die Bun-

deskanzlerin. Die Staats- und Regierungschefs forderten in ihrer Gipfel-Erklärung freien Zugang für humanitäre Hilfskräfte in das Land.

Bundes-CDU

Foto: CDU/Laurence Chaperon

Energiekosten senken:
Contracting-Lösungen von GETEC
sind innovativ, wirtschaftlich und
umweltschonend.

GETEC
www.getec.de



Startschuss für ein neues Grundsatzprogramm der CDU



Die traditionelle Klausurtagung der Landes-CDU in Schierke setzte 13 Arbeitsgruppen zur Erarbeitung eines Programmentwurfs ein. Foto: Holger Wegener

Bereits zum siebenten Mal fand die Klausurtagung des Landesvorstandes der CDU Sachsen-Anhalt zu Jahresbeginn in Schierke statt. Neben den Mitgliedern des Landesvorstandes waren auch die CDU-Kreisvorsitzenden sowie die Vorsitzenden der CDU-Landesfachausschüsse eingalden.

Während bei der letzten

Tagung noch Schnee und Eis die Anfahrt beschwerlich machten, erwarteten die Teilnehmer Anfang März diesen Jahres bereits die ersten Frühlingsstrahlen.

CDU-Landesvorsitzender und Landesentwicklungs- und Verkehrsminister Thomas Webel konnte, neben Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff und Landtagspräsident Detlef Gürth,

auch Landwirtschaftsminister Dr. Hermann Onko Aeikens, Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff sowie Innenminister Holger Stahlknecht aus der Landesregierung begrüßen. Zudem waren zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Landtages, Dr. Horst Schnellhardt aus dem Europaparlament und der Harzer Landrat Dr. Michael Ermrich auf der Tagung zugegen.

Im Mittelpunkt der Beratung stand der Entschluss zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms. Nachdem das im Jahr 1992 beschlossene Programm sich mit der Problemlage eines neuen Bundeslandes, und geprägt von der Wiedervereinigung beschäftigte, muss das neue Programm nun Antworten auf die Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung Deutschlands und von Sachsen-Anhalt geben.

Dazu zählen Themen wie die Sicherstellung der Energieversorgung unter ökologischen As-

pekten und die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Auch muss die Ausrichtung der Bildungspolitik und der demographischen Entwicklung stärker beachtet werden. Einen breiten Raum werden auch Selbstverständnis und Grundwerte einer modernen, christlich ausgerichteten Volkspartei einnehmen.

In 13 Arbeitsgruppen werden diese und andere Themenbereiche behandelt und als Grundlagenentwurf dem kommenden Landesparteitag im Herbst 2012 vorgelegt. Dessen Beschlusspapier wird dann in den Kreisverbänden und mit den Bürgerinnen und Bürgern breit diskutiert werden. Der endgültige Beschluss soll im Herbst 2013 oder Anfang 2014 erfolgen.

Weitere Themen waren strategische Überlegungen zur Personalentwicklung sowie Berichte aus den Landesvereinigungen der CDU.

CDU-Landesgeschäftsstelle/TK

Wir gratulieren recht herzlich

im Januar zum

- 82. Geburtstag Rosemarie Binder
- 78. Geburtstag Johanna Orling
- 72. Geburtstag Lothar Jahn
- 68. Geburtstag Anton Wacha
- 66. Geburtstag Harry Tietz

- 66. Geburtstag Gerhard Heintl
- 65. Geburtstag Werner Klapper
- 65. Geburtstag Edda Mansfeld
- 65. Geburtstag Sabine Wegener
- 65. Geburtstag Wolfgang Ahrend

im Februar zum

- 77. Geburtstag Benita Behrens
- 75. Geburtstag Karl-Heinz Güssau
- 75. Geburtstag Gudrun Habenicht
- 68. Geburtstag Dieter Steinecke
- 67. Geburtstag Jutta Mildner
- 65. Geburtstag Wolfgang Gründer

im März zum

- 88. Geburtstag Wolfgang Klapper
- 82. Geburtstag Günter Lehnhardt
- 81. Geburtstag Helga Janke
- 81. Geburtstag Josef Schwenke
- 80. Geburtstag Helga Beleth

- 75. Geburtstag Jürgen Bethge
- 75. Geburtstag Ulrich Germer
- 74. Geburtstag Lothar Henze
- 72. Geburtstag Klaus-Dieter Runge
- 70. Geburtstag Hans-Dieter Homann

- 69. Geburtstag Horst Partscht
- 69. Geburtstag Gisela Lüding
- 65. Geburtstag Monika Liebau-Foß
- 65. Geburtstag Bärbel Bühnemann

„Entscheidung über Organspende höchstpersönliche Sache“



Volker Kauder: „Die Entscheidung berührt den Kern der Persönlichkeit.“ Foto: CDU

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat auf Spiegel Online Stellung

zur Neuregelung der Organspende genommen: „Wir werden die Voraussetzungen schaffen, dass

jeder Bürger über den Nutzen der Organspende intensiv aufgeklärt wird.“ Danach solle jeder Bürger gebeten werden, sich zu dieser Frage zu äußern. „Ich bin überzeugt: Das wird seine Wirkung nicht verfehlen“, so Kauder.

Er betonte, dass man mit Argumenten die Menschen von der Organspende überzeugen müsse. Es sei ein erster Schritt, die Bevölkerung besser zu informieren. Zum Beispiel darüber, dass in Deutschland mehr als 10.000 Menschen jedes Jahr auf ein Spenderorgan warten und drei von ihnen täglich sterben würden, weil es in unserem Land nicht ausreichend Spender gebe. Kauder: „Zahlreiche Organisationen haben in den vergangenen Jahren schon viel Gutes bewirkt. Aber wir müssen vielleicht noch

mehr über einzelne Schicksale sprechen, Menschen vorstellen, die durch ein Spenderorgan ein neues Leben beginnen konnten.“

Kauder betonte, dass der gefundene Kompromiss eine gute Lösung darstelle. Ein Zwang würde die Bereitschaft als Organspender zur Verfügung zu stehen, nicht erhöhen. „Die Entscheidung berührt den Kern der Persönlichkeit. Auch nach unserer Neuregelung muss sich niemand äußern und unbedingt einen Spenderausweis ausfüllen“, so der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hoffe, dass sich die Zahl der Organspender in den nächsten Jahren durch die neue Regelung deutlich steigern werde. „Die Deutschen sind aber immer bereit zu helfen. Also bin ich optimistisch.“ Bundes-CDU

Familienministerin Schröder lobt Kinderbetreuung im Land

Mehr als 450 Gäste kamen zum gemeinsamen Neujahrsempfang nach Sandersdorf-Brehna. Zu Beginn begrüßte der Kreisvorsitzende der CDU Anhalt-Bitterfeld, Bernhard Northoff, die Anwesenden. Unter ihnen Landesminister, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Landrat Uwe Schulze.

Im Anschluss dankte CDU-Landesvorsitzender, Thomas Webel, den Mitgliedern und Unterstützern für die Arbeit während des Landtagswahlkampfes.

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff ging in seiner Rede auf die demografische Entwicklung ein. Dabei machte er deutlich, dass Sachsen-Anhalt das Ziel, das kinder- und familienfreundlichste Bundesland zu werden, konsequent weiterverfolgen wird.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,

Dr. Kristina Schröder MdB, sprach sich in ihrer Ansprache für ein modernes Familienbild aus. Dazu gehöre eine familienfreundliche Arbeitswelt ebenso wie der Abschied von starren Geschlechterrollen, die Anerkennung von Erziehungsleistungen und der Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder.

„Bei der Kinderbetreuung ist Sachsen-Anhalt bundesweit führend: Mit einer Betreuungsquote von über 56 Prozent bei den unter Dreijährigen ist Ihr Land absoluter Spitzenreiter. Von einem solchen Angebot können Eltern in vielen anderen Bundesländern nur träumen“, lobte Schröder die Politik der Landesregierung. Die CDU Sachsen-Anhalt sei gerade in familienpolitischen Fragen ein starker Partner an ihrer Seite.

Nach einem kurzen Schlusswort vom Vorsitzenden der



Schnappschuss beim Neujahrsempfang in Brehna: Ministerin Schröder, Ministerpräsident Haseloff und Sabine Wölfer (links). Foto: Tobias Krull

Landesgruppe Sachsen-Anhalt in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Petzold MdB, beendete das gemeinsame Singen der Nationalhymne den offiziellen Teil der Veranstaltung.

Doch der Abend war noch

lange nicht zu Ende. Vielmehr wurden im „gemütlichen“ Teil der Veranstaltung noch zahlreiche interessante Gespräche geführt und so manches gemeinsame Projekt besprochen.

CDU-Landesverband/TK

Qualität von Meisterhand
von der Aufnahme bis zum hochwertigen Papierfoto

- Atelieraufnahmen
- Aussenaufnahmen
- Bilddoktor
- Digitalservice
- Videotransfer auf DVD

FOTO-HANNIG
39112 Magdeburg

FOTO-HANNIG | Rottersdorfer Str. 10 | 30112 MD
Tel. 0391 5436294 | Mail: FOTO-Hannig@gmx.de

Bei uns finden Sie Ihre Traumküche!

Halberstädter Str./Klausenerstraße 1
39112 Magdeburg · Telefon 0391 6224459
www.triebel.kuechen.de · triebel@kuechen.de

Fachhandel & Kundendienst

Anschlag der Grünen auf Ehrenbürgerschaft Hindenburgs abgewehrt

Bereits am 19.08.2010 wurde auf Antrag eines Stadtrats der Grünen zur Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Hindenburgs der Stadtratbeschluss zur Durchführung eines wissenschaftlichen Kolloquiums gefasst, welches aber dann erst am 01.12.2011 im Magdeburger Rathaus stattfand.

Eingeladen war eine umfangreiche Professorenriege, von der Prof. Pyta aus Stuttgart, leider muss man sagen, keinen historischen Abriss, sondern mehr eine Anklagerede gegen Hindenburg hielt. Er hatte zwar, nach eigener Aussage, keine Belege dafür, aber seine eigenen Interpretationen. Geradezu eine Todsünde für einen Historiker. Er hob hervor, dass Hindenburg in seiner Magdeburger Zeit von 1903 bis 1911 in einem Brief an seine ältere Schwester von einer "Volksgemeinschaft" gesprochen hätte und das wäre auch noch zweimal nachzuweisen. Anschließend gab er sich Mühe den Begriff "Volksgemeinschaft" zu diffamieren. Da Hindenburg, als Retter Ostpreußens, noch heute im Volke in legendärem Ansehen steht, stellte Prof. Pyta dagegen fest, dass dieser Erfolg gegen die überlegenen russischen Armeen keinesfalls Hindenburg gebührt, obwohl er der Oberbefehlshaber war, sondern nur dem militärischem Genie General Ludendorffs zu verdanken war. Auch war Hindenburg nach Prof. Pytas Ausführungen keineswegs die sympathische Vaterfigur, sondern ein sehr machtbesessener berechnender Mensch, der sich je nach Zweckmäßigkeit von Ludendorff, Brüning, Schleicher und sogar vom Kaiser trennte, dem er sogar geraten hatte nach Holland zu fliehen. Letzteres ist,



Nicht unumstritten: General Paul von Hindenburg, geboren 1847.

auch aus heutiger Sicht eine geradezu lächerliche Behauptung, wenn man sich das Verhalten der Machtmenschen unserer Tage, insbesondere unserer Spitzenpolitiker vergegenwärtigt. Den eigentlichen neuralgischen Punkt in der jüngeren deutschen Geschichte, die per Dekret durch Hindenburg vollzogene Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, wurde so abgehandelt, dass Hindenburg in dieser Situation keineswegs in einer Zwangslage war oder irgendwelchen Einflüsterungen als kranker Greis erlegen wäre, sondern er habe diese Entscheidung sehr bewusst

und beratungsresistent vollzogen. Denn er hätte, wie Prof. Pyta ja bewiesen schon immer eine Vorliebe für Volksgemeinschaften gehabt.

Dass zu dieser Zeit die zerstrittenen bürgerlichen Parteien nicht in der Lage waren eine Regierung zu bilden, die bürgerliche Führungsfigur "von Papen" die Ernennung Hitlers befürwortete und außerdem die Nationalsozialisten die stärkste Fraktion im Reichstag bildeten, davon kein Wort im Vortrag von Prof. Pyta.

Seine mangelnde Ernsthaftigkeit, ja gerade Verhöhnung des Auditoriums und der Magdebur-

ger war sein Vorschlag, die Magdeburger sollten doch "Sparwasser" zum Ehrenbürger krönen. Er war aber der einzige, der sich dabei vor Lachen ausschüttete.

Da es ohnehin eine Annäherung ist, wenn sich ein Stadtrat unserer Zeit zum Richter über das Kollegium vor 100 Jahren aufschwingt, sollte man akzeptieren, dass Magdeburger Stadträte im Jahre 1914 nach den Ansichten ihrer Zeit dachten und handelten und darum die Ehrenbürgerliste als ein historisches, unabänderliches Dokument betrachten, welches die Zeitläufe widerspiegelt und das man, nach einem Vorschlag Prof. Hettlings von der Universität Halle/Wittenberg kommunizieren und daraus Lehren ziehen, aber vor Entscheidungen nach gegenwärtigem Mainstream schützen sollte.

Die in Magdeburg in Zeitläufen von Diktaturen, in voraussehlendem Gehorsam getroffenen Ernennungen und Aberkennungen von Ehrenbürgerschaften bieten das erschreckende Bild menschlicher Servilität unter staatlichem Druck. Heute, in der unter unsäglichen Opfern errungenen freiheitlichen Demokratie in unserem Land sollten wir uns dieser Freiheit würdig erweisen und solche Entscheidungen mit Souveränität angehen.

Es ist zu begrüßen, dass unser Stadtrat, offensichtlich dem vernünftigen Vorschlag Prof. Hettlings folgend den Antrag der Grünenfraktion zur Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Hindenburgs zurückgewiesen hat. Er ist damit in Deutschland zu einem Vorbild geworden für Gemeinden, die vor ähnlichen schweren Entscheidungen gestellt sind.

Rudolf Evers

CDU Ortsverband Magdeburg-Süd jetzt auch auf Facebook

Besuchen Sie uns und teilen Sie Ihre Probleme, Anregungen, Wünsche und Ideen mit.

Wie freuen uns auf Sie.

www.facebook.com/CDU.Ortsverband.Magdeburg.Sued

Ihr CDU Ortsverband Magdeburg-Süd

Hinweis in eigener Sache

Der Elbkurier erscheint alle drei Monate. Den genauen Redaktionsschluss können Sie jeweils unserer Internetseite www.cdu-magdeburg.de entnehmen.

Doris Memmler, Kreisgeschäftsführerin



Magdeburger Landtagsabgeordnete im Gespräch mit Chefredakteur der Volksstimme

Die Magdeburger Abgeordneten besuchten am 26. März das Magdeburger Verlags- und Druckhaus Barleben. Ziel war es, den noch nicht allzu lange im Amt befindlichen Chefredakteur, Alois Kösters, besser kennen zu lernen und die Kontakte zur Presse zu pflegen.

Herr Kösters, der von Berufswegen bereits an verschiedenen Orten gearbeitet und gelebt hat, kennt Magdeburg aus vergangenen Zeiten. Er lobt die positive Entwicklung dieser Stadt und hatte als Auswärtiger kaum ein negatives Image für diese Stadt empfunden. Wigbert Schwenke, MdL nutzt das Stichwort und bat Herrn Kösters, dieses Meinungsbild auch den Lesern zu vermitteln.

Jürgen Scharf, MdL interessierte, ob Journalisten der Volksstimme auch gegen die eigene Meinung schreiben und ob es an der hohen

Nachrichtendichte in der Landeshauptstadt liegt, weshalb Magdeburger Landtagsabgeordnete kaum in der Presse vorkommen. Wigbert Schwenke sprach sogar von einem „Bermudadreieck“ in der Berichterstattung zur Landespolitik, insbesondere im Wahlkampf. Dieter Steinecke, MdL bedauerte, dass Ankündigungen zur Bürgersprechstunde unter der Rubrik Beratungsstellen für Sucht- und anderen Krankheiten angekündigt werden.

Beide Sichtweisen wurden erörtert. Die Diskussion ließ hoffen, dass die Volksstimme-Lokalredaktion in Zukunft an Themen, die Stadt- und Landespolitik miteinander verbinden, mehr Interesse zeigen wird. Die Abgeordneten waren sich einig: Themen, wie die Verlängerung der Strombrücke oder der Glücksspielstaatsvertrag geben genügend Potenzial für eine Berichterstattung.

Auch die Entwicklung der Schulpolitik auf Landesebene und deren Bedeutung für die Stadt oder der neue Entwurf zum Kindertagesstättengesetz wird die Gemüter der

Leser bald bewegen.

Für alle Beteiligten war dieses Gespräch ein weiterer Baustein für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU Magdeburg. *Doris Memmler*



Wigbert Schwenke MdL, der stellv. Chefredakteur Peter Wendt, der Chefredakteur Alois Köster, CDU-Kreisgeschäftsführerin Doris Memmler, Jürgen Scharf MdL. *Foto: Manuel Rupsch*

CDU-Mitglieder besichtigen Industrie- und Logistik-Centrum



Organisiert durch den Vorsitzenden des CDU-Kreisfachausschusses für Arbeit und Wirtschaft, Stadtrat Michael Hoffmann, besichtigten

im März CDU-Mitglieder das Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee (ILC).

Zu Beginn der Veranstaltung

stellte der Wirtschaftsbeigeordnete Rainer Nitzsche im Rahmen einer Rundfahrt die aktuellen Entwicklungen in diesem Gewerbegebiet vor. Gerade in letzter Zeit waren einige Ansiedlungserfolge zu verzeichnen, aber es steht noch einiges an Flächen für weitere Investitionsvorhaben zur Verfügung. Eine besondere Problematik bilden dabei die notwendigen Geländeauffüllungen.

Die Diskussion wurde dann in den Räumen der Firma DACHSER fortgesetzt. Dank der gewährten Gastfreundschaft konnte über die Aufgaben eines modernen

Logistikunternehmens nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch gesprochen werden.

In der intensiven Diskussion der anwesenden CDU-Mitglieder mit den Vertretern der Stadtverwaltung und der Wirtschaftsunternehmen wurde eines ganz deutlich: Magdeburg hat als Logistikstandort viel Potenzial, welches noch nicht komplett ausgeschöpft ist.

„Wir werden als CDU-Kreisfachausschuss unsere Reihe von Besuchen bei lokalen Unternehmen weiter fortsetzen, um uns vor Ort zu informieren“, so der KFA-Vorsitzende Michael Hoffmann. *red*

Gute Wirtschaftsentwicklung setzt sich fort

Die Vorstellung der vorläufigen Wirtschaftsdaten Sachsen-Anhalts für das Vorjahr 2011 durch das Statistische Landesamt Ende März 2012 belegen es: Die Wirtschaftsentwicklung in 2011 verlief für Sachsen-Anhalts Wirtschaft sehr gut.

Sachsen-Anhalts Bruttoinlandsprodukt, also der Wert aller im Land hergestellten Waren und Dienstleistungen, ist 2011 nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ preisbereinigt um 2,8 Prozent gestiegen (nominal: +4,4%). Erfreulich daran ist, dass sich Sachsen-Anhalt damit beim Wachstum im soliden Durchschnitt der ostdeut-

schen Flächenländer bewegt. Gerade vor dem Hintergrund, dass die von Vorleistungsgütern dominierte sachsen-anhaltische Industrie besonders mit gestiegenen Rohstoffpreisen zu kämpfen hatte. Erste detaillierte Ergebnisse zur Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen sollen in diesem Jahr Anfang Juli vorgestellt werden. Bereits jetzt kann jedoch gesagt werden, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 2,8 Prozent verdeutlicht, dass die heimische Industrie und unser Mittelstand auch weiterhin auf der Erfolgsspur sind und sich einmal mehr als wichtigster Wachstumstreiber zeigen.

Ein wichtiges Indiz sind dabei

die Umsatzzahlen, bei denen das Verarbeitende Gewerbe 2011 im Vergleich zum Vorjahr ein kräftiges Plus verbuchen konnte, welches teilweise deutlich über dem Bundesschnitt lag. So stieg der Industrieumsatz landesweit um 13 Prozent, bei den Exporten lag das Umsatzplus sogar bei 14,3 Prozent. Zudem nahm die Beschäftigung um 3,9 Prozent zu. Auch im Baugewerbe standen die Zeichen auf Wachstum. Hier legte der Umsatz 2011 landesweit um 5,2 Prozent zu.

Dennoch muss Sachsen-Anhalt - wie alle ostdeutschen Bundesländer - auch weiterhin verstärkt daran arbeiten, den immer noch bestehenden Abstand zum (wirtschaftlichen) Niveau der westli-

chen Bundesländer zu verringern. Noch immer verlassen trotz guter Wirtschaftsentwicklung zu viele junge, gut qualifizierte Menschen unser Bundesland. Wichtigste Aufgabe bleibt daher

auch zukünftig die kontinuierliche, gute Wirtschaftsentwicklung fortzusetzen und wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Neben der Unterstützung innovativer Unternehmens- und Gründungskonzepte stellt die Stärkung einer neuen Gründer- und Unternehmermentalität, gerade bei jüngeren Menschen eine wichtige Herausforderung für Politik und Gesellschaft dar. *Tino Sorge*

stellv. Kreisvorsitzender

Mehr Zeit für Familienpflege

Die Familienpflegezeit macht es möglich, nahe Angehörige zu pflegen und weiterhin erwerbstätig zu sein. Das Modell gibt den Menschen Zeit für die Übernahme von Verantwortung im Pflegefall - ohne, dass sie ihre Erwerbstätigkeit aufgeben müssen.

In der Familienpflegezeit können Beschäftigte, die nahe Angehörige pflegen, ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Stunden Wochenarbeitszeit reduzieren. Wird zum Beispiel die Arbeitszeit in der Pflegephase auf 50 Prozent reduziert, erhalten die Beschäftigten weiterhin 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum

Ausgleich müssen sie im Anschluss an die Pflegephase wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts - so lange, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist.

Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten

Arbeitgeber und Beschäftigte schließen eine Vereinbarung zur Familienpflegezeit ab. Die Arbeitgeber beantragen beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben die Gewährung eines zinslosen Darlehens. Im Anschluss an die Pflegephase behalten sie einen Teil des Gehalts der Beschäftigten

ein und zahlen diesen an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zurück.

Finanzielle Absicherung durch verbindliche

Rahmenbedingungen

Beschäftigte sind bei verbindlichen Rahmenbedingungen, insbesondere im Hinblick auf mögliche Rentenansprüche, finanziell abgesichert. Sie können den Kontakt zum Unternehmen aufrechterhalten und nicht zuletzt Pflege und Beruf besser vereinbaren. Arbeitgebern bleiben ohne finanziellen Mehraufwand qualifizierte Beschäftigte erhalten.

Um gerade für kleinere und mittlere Unternehmen die Risiken

einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zu minimieren, muss jeder Beschäftigte, der die Familienpflegezeit in Anspruch nimmt, zu diesem Zeitpunkt eine Versicherung abschließen. Die Prämien sind lediglich gering; die Versicherung endet mit dem letzten Tag der Lohnrückzahlungsphase der Familienpflegezeit.

Die Familienpflegezeit kann seit dem 1. Januar beantragt werden. Das Gesetz ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Weitere Informationen sowie Formulare und Merkblätter finden Sie auf der Internetseite www.familien-pflege-zeit.de.

Bundes-CDU

Wir müssen das liberale Potential der FDP übernehmen

Mit der erfolgreichen Saarlandwahl für die Union bestätigte sich so mancher Trend. Die CDU hat einen soliden Wählersockel, mit dem sie zwar die meisten Stimmen ziehen kann, andererseits aber keine eigene regierungsfähige Mehrheiten mehr gewinnen kann. Es geht nur mit einem Koalitionspartner. So wie es aussieht, wird unser jetziger Koalitionspartner durch Selbstmarginalisierung eher nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies bedeutet, dass wir das liberale Wählerpotential gewinnen müssen durch eine solide Mittelstandspolitik und keine Leihstimmen zu vergeben haben, die bei der letzten Wahl teilweise zur FDP gegangen sind. Die Piraten scheinen sich als neue „politische?“ Kraft zumindest in den Landesparlamenten zu etablieren, da sie auf der Zeitgeistwelle reiten. Hier haben die etablierten Parteien sicher einiges nachzuholen, andererseits müssen sich die Piraten auch mit politischen Realitäten und Inhalten bewähren. Lassen wir uns überraschen, ob und wie dies gelingt. Andererseits scheint eine nicht unbedeutende Mehrheit der Bevölkerung einer

Unionsgeführten großen Koalition aufgeschlossen gegenüber zu stehen. Sachsen-Anhalt unter Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff ist hier das beste Beispiel für eine solche erfolgreiche Konstellation.

In einer anderen Frage galt es die energiepolitische Kuh vom Eis zu bringen, bevor dieses bricht. Der enorme Zubau im PV-Bereich zwang die Bundesregierung die Kürzung der Solarstromvergütung stärker und früher zu betreiben, als dies ursprünglich einmal geplant war. Dies hat natürlich in der Branche für erheblichen Aufruhr gesorgt. Gerade Sachsen-Anhalt ist im Bereich der Erneuerbaren Energien grundsätzlich richtungsweisend aufgestellt, allerdings sind diese zukunftsweisenden Industriezweige lange noch nicht selbsttragend. Dies stellt daher für das Land in der momentanen Lage ein nicht unerhebliches Problem dar. Ministerpräsident Dr. Haseloff hat deshalb in den letzten Wochen nichts unversucht gelassen, sich für moderatere Regelungen stark zu machen.

Fakt ist, dass wir alle nach dem Atomausstieg die Energiewende erfolgreich umsetzen wollen. Hier

zu sind aber gesetzliche Rahmenbedingungen erforderlich, die die Zubaumenge der Photovoltaik im Sinne von Netzstabilität und auch eine klaren Kostenbegrenzung für den Verbraucher sinnvoll steuert. Das war durch den enormen Zubau in den letzten Monaten nicht mehr gewährleistet. Der Zubau war fast doppelt so hoch wie erwartet. Die hohen Vergütungen lockten doch zu viele Investoren, die durch PV-Anlagen Traumrenditen langfristig erzielen konnten, die letztlich durch jeden Stromverbraucher durch seine Stromrechnung am Monatsende mitfinanziert werden. Der enorme Preisverfall der Module, massive Überkapazitäten und chinesische Dumpingpreise taten ein Übriges, so dass die Regierung zum Handel gezwungen war. Nicht zuletzt auch aufgrund dieser chinesischen Konkurrenz steht so mancher deutscher Hersteller mit dem Rücken zur Wand. Dennoch ist auch klar, dass noch so viele Subventionen hiergegen nicht anstänkern können und eine gewisse Marktberichtigung stattfinden wird. Alles andere ist Augenwischerei!

Dennoch muss es weiter unser

Ziel sein und dieses Anliegen liegt unserem Ministerpräsidenten besonders am Herzen, dass die erfolgreiche deutsche PV-Industrie sich durch Innovation und technischen Fortschritt weiter als Weltmarktführer in Deutschland entwickeln kann. Dazu müssen die Unternehmen aber selber auch das ihre an Forschung und technischem Vorsprung einbringen. Die Regierungskoalition hat nach hartem zähem Ringen einen Kompromiss im Deutschen Bundestag verabschiedet, der den meisten Bedenken und Befürchtungen in weiten Teilen entgegenkommt und vor allem auch den Vertrauensschutz für begonnene Projekte sicherstellt. Jetzt ist der Bundesrat noch gefragt dem Gesetz zuzustimmen. Ein Scheitern dort wäre allerdings fatal, da dann zwischenzeitlich der Zubau ungebremst weiterginge und jeden von uns auf Dauer Geld kostet.

Von daher sind Bund und Länder gefordert, die Zwischenzeit für konstruktive Lösungen der noch offenen Fragen zu nutzen.

*Ulrich Petzold, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Sachsen-Anhalt*